

Jahresthema 2017: Bildung in Europa – von anderen lernen

Frühjahrsplenartagung, 12.-14. Mai 2017

Demokratie und Partizipation

*„Demokratie muss gelernt werden, um gelebt werden zu können
und sie muss gelebt werden, um gelernt zu werden zu können!“*

G. Himmelmann

Mit großer Sorge sieht der Bundeselternrat, dass nach wie vor die Gefahren von Totalitarismus und Nationalismus in Europa bestehen. Das Verständnis über demokratische Werte und die Funktionsweise von Demokratie drohen verloren zu gehen. Vorurteile, Ressentiments und Scheinwahrheiten bis hin zu Fake News werden geschürt und machen in sozialen Netzwerken unkritisch die Runde. Eine kritische Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Meinungen - der Nährboden für Demokratie - wird teilweise unterminiert. In ersten europäischen Parlamenten werden die Gewaltenteilung sowie die Unabhängigkeit der Medien ausgehöhlt. In verschiedenen Regionen der Welt sehen wir, wie durch Fördern von Angst, Stigmatisierung von Minderheiten oder dem Schüren von Hass auf Andersdenkende autoritäre Regimes errichtet werden.

Für die Kinder und Jugendlichen ist der Lebensraum Schule neben der Familie der wichtigste Erfahrungsraum, in dem ihre Grundwerte entwickelt werden. Hier soll eine positive innere Haltung zur Welt und zu einem menschenfreundlichen, demokratischen Gemeinwesen entstehen. Familie und die Schule sind die zentralen Orte an denen junge Menschen den Umgang mit Demokratie und ihre eigene Wirksamkeit als handelnde Personen erfahren können. Bildung an den Schulen ist mehr als die reine Wissensvermittlung. Demokratie lebt von Vorbildern wie den Eltern und den Lehrkräften.

Schulen können aktiv zur Stärkung der demokratischen Zivilgesellschaft beitragen und werden in der Wissensvermittlung erfolgreicher, wenn

- Demokratie in Schulen auf allen Ebenen gelebt sowie eine beteiligende Schul- und Unterrichtsentwicklung auf Augenhöhe gepflegt wird.
- alle Kinder ihren Begabungen nach gerecht gefordert und gefördert werden und dabei niemand zurückgelassen wird.
- sie ihre Schülerinnen und Schüler in einer aktiven Feedbackkultur mit einbeziehen.
- die Elternhäuser ihre Mitwirkungsmöglichkeiten aktiver nutzen.

Um dieses Zielbild zu erreichen, fordert der Bundeselternrat:

- In den Bundesländern muss eine gesetzlich verankerte Lehrer-Eltern- und Schülermitwirkung auf allen Ebenen sichergestellt werden.
- Lehrkräfte, Pädagoginnen und Pädagogen müssen für die Demokratieerziehung umfassend aus- und fortgebildet werden.
- Schulen müssen die Werte und die Funktionsweise von Demokratie vermitteln, das erforderliche Handwerkzeug lehren und zur aktiven Partizipation begeistern. Trainiert und gelebt werden kann dies z.B. in Schülerparlamenten, im Klassenrat und in der Ausbildung zu Streitschlichtern.
- Schülerinnen und Schüler erhalten das Recht, eine Lehrkraft ihrer Wahl als Vertrauensperson zu bestimmen und zur Unterstützung der demokratischen Rechte in Anspruch zu nehmen.
- Eltern benötigen Unterstützung und Wissensvermittlung bei ihren Bemühungen an der Schule Mitwirkungsrechte wahrzunehmen

Demokratieerziehung kann nicht früh genug einsetzen. Demokratie braucht eine Kultur der Wertschätzung und Toleranz gegenüber unterschiedlichen Werten und Meinungen. Demokratische Prozesse, die Notwendigkeit Kompromisse auszuhandeln und auszuhalten, die Organisation von Interessen, das Bilden von Netzwerken – all das muss verstanden werden, um als mündiger Bürger eine aktive Rolle in der Zivilgesellschaft einnehmen zu können.

In diesem Sinne lernen Schüler, dass in einer Welt globalisierter Wirtschaftsinteressen Demokratie auch in größeren Dimensionen, europäisch gedacht werden muss. Die Akzeptanz der Europäischen Union ist kein Selbstverständnis. Wir fordern die Schulen auf, die Errungenschaften des europäischen Prozesses im aktiven Diskurs sichtbar zu machen. Hierzu gehört auch seitens der Politik die Förderung und Unterstützung von Schulen bei Kooperationen und Partnerschaften mit anderen europäischen Schulen, um Toleranz und Akzeptanz gegenüber anderen Ländern und Kulturen zu lernen. So werden auch die Nachhaltigkeitsziele der Agenda 2030 der UN bekannt und erreicht.

Potsdam, 14.05.2017
2017-R3